Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1922

4.9.1922 (No. 205)

Visual Library

№ 205 Montag, den 4. September 1922 165. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515.

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amend, Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert für September 105 ℳ — Einzelnummer 4 ℳ — Anzeigengebühr: 6 ℳ für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrichstr. 14 zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen.

* Die französische Politik und Amerika.

Wir wissen jetzt, daß es erst eines erheblichen Druckes bedurft hat, um Poincaré die Zustimmung zu der Entscheidung der Reparationskommission zu entreißen. Wäre diese Zustimmung nicht erteilt worden, so wäre Frankreich allerdings in der Reparationskommission von den Vertretern der übrigen Mächte einschließlich Belgiens, das selbstverständlich seinen eigenen Kompromißvorschlag nicht gut fallen lassen konnte, überstimmt worden.

Was mag es nun gewesen sein, was Poincaré letzten Endes mürbe gemacht hat? Sicherlich war es nicht die Rücksicht auf England, und sicherlich waren es auch nicht Erwägungen der Vernunft, wie sie einer grundsätzlichen Neuorientierung der französischen Politik entsprechen würden. Sondern es ist vor allem der amerikanische Einfluß gewesen, der Poincaré zur Mäßigung bewogen hat.

Vor einigen Tagen ist der französische Politiker Parmentier, der im Auftrage der französischen Regierung mit der Regierung der Vereinigten Staaten in Washington über die Frage der interalliierten Schulden zu verhandeln hatte, zurückgekehrt. Eine offizielle Wiedergabe seines Berichts ist nicht ausgegeben worden. Immerhin aber ist genügend publiziert worden, um zu erkennen, daß Amerika bei den Verhandlungen eine Haltung eingenommen hat, die nicht anders als beruhigend und mahnend auf Frankreich einwirken konnte.

Amerika hat Frankreich zu verstehen gegeben, daß es unter Umständen bereit wäre, auf die Hälfte des Betrages, den die Alliierten Amerika schulden, zu verzichten, wenn die Bedingungen, die Washington daran zu knüpfen hätte, erfüllt werden. Diese Bedingungen lauten: Wiederherstellung eines wahren Friedenszustandes in Europa, d. h. eines Zustandes, der den Frieden auf lange Zeit verbürgt, und als Voraussetzung dafür weitgehende Abrüstung. Ob man dem französischen Vertreter auch eine Zurückziehung der Besatzungstruppen am Rhein oder zum mindesten doch eine Zurückziehung der afrikanischen Truppen nahegelegt hat, ist schwer zu sagen. Die öffentliche Meinung in Amerika ist jedenfalls davon durchdrungen, daß die Anwesenheit der französischen Marokkaner und Neger am Rhein eine Kulturschande darstellt.

Amerika vertritt also den Standpunkt, daß es nur dann einen Zweck hat, Europa irgendwie zu helfen, wenn dieses Europa auch wirklich Frieden hält. Die Amerikaner haben keine Lust, ihr Geld in einem Erdteil anzulegen, auf dem die Fackel des Krieges noch längst nicht erloschen ist, auf dem also jeden Tag ein neuer Krieg die Rückzahlung dieser Gelder unmöglich machen kann. Daß England, Deutschland, Österreich, Italien und die Neutralen nicht die Störenfriede sind, weiß man in Amerika ganz genau. Die schlimmste Bedrohung des Friedens erblickt man mit Recht in dem Vorhandensein des französischen Imperialismus und in der Tatsache, daß Frankreich gerade in den letzten Jahren — größtenteils im Geheimen — ungeheure Anstrengungen gemacht hat, um seine Kriegsbereitschaft zu Lande und zu Wasser und in der Luft in gigantischem Umfang zu erhöhen. Über diese Kriegsbereitschaft werden gelegentlich Zahlen mitgeteilt, die geradezu das Gebiet des Phantastischen streifen. Und doch wird von Eingeweihten versichert, daß diese Zahlen keineswegs übertrieben seien.

Hinzu kommt natürlich die ewige Unruhe im Osten. Doch sind dies alles wohl Differenzen, die sich schließlich beilegen ließen, wenn nicht eine Großmacht wie Frankreich selbst den Frieden Europas bedrohte. Kriege zwischen kleineren Staaten lassen sich lokalisieren. Und auch Rußland wird, wenn man ihm sonst wirtschaftlich beistehen will, zurzeit für kriegerische Abenteuer nicht gut zu haben sein. Allerdings auch hier vorausgesetzt, daß Frankreich nicht Polen bezw. die Kleine Entente zu Maßnahmen ermutigt, die in Rußland den Ruf nach einer kriegerischen Auseinandersetzung auslösen müssen.

Die Frage der Gesamtschulden der Alliierten muß unbedingt in Bälde beantwortet werden. Geschehen kann dies nur im Zusammenhang mit der deutschen Reparationsfrage und unter aktiver Teilnahme Amerikas. Frankreich, das auf der einen Seite am meisten Schulden zu bezahlen und auf der anderen Seite am meisten Entschädigungsgelder zu erwarten hat, ist aber an einer Regelung dieser Frage seinerseits auch am meisten interessiert. Es müßte denn gerade sein, daß die französische Regierung noch immer ihre bisherigen imperialistischen Pläne verfolgt, Pläne, deren Verwirklichung früher oder später zu einem neuen Weltkriege führen müßte, und zwar zu einem Weltkriege, dem Amerika wohl auch diesmal nicht tatenlos zuschauen würde.

Es wäre möglich, daß gerade die letzten Wochen dazu beigetragen haben, um den verantwortlichen Leitern der französischen Politik endgültig klar zu machen, daß ihre imperialistischen Träume ohne eine zweite, sicherlich noch viel furchtbarere Auflage des Weltkrieges nicht zu realisieren sind, und daß diese unmittelbare Einsicht in Paris die Erkenntnis geboren hat, daß es — zum mindesten für den Augenblick — besser ist, maßvoll und behutsam an die großen Schicksalsfragen der Politik heranzugehen.

Allem Anschein nach ist Amerika entschlossen, schon jetzt eine etwas stärkere Anteilnahme an der Gestaltung der europäischen Politik zu bekunden. Bei den letzten Sitzungen der Reparationskommission ist der amerikanische „Beobachter", der zu Informationszwecken den Beratungen der Kommission anwohnen darf, wieder mehr in den Vordergrund der Geschehnisse getreten. Ja, man erzählt sich, daß gerade er im Sinne einer Mäßigung auf die französische Politik eingewirkt hat.

Die Entscheidung der Reparationskommission bedeutet ja zweifellos insofern einen Fortschritt, als sie den Bruch der Entente vermeidet, Deutschland eine Atempause gönnt, die Notwendigkeit einer allgemeinen Herabsetzung der Reparationssumme stipuliert und diplomatisch den Weg frei macht für eine große Konferenz, auf der dann der Gesamtkomplex der Fragen der Reparation, der Schulden der Alliierten und der Abrüstung erörtert werden wird. Auf diese Konferenz haben sich heute schon die Politiker der Welt einzustellen. Und vorausgesetzt, daß Deutschland und Belgien sich über die in der Entscheidung der Reparationskommission geforderten Garantien einigen, ist wohl kaum damit zu rechnen, daß die deutsche Reparationsfrage allein noch in diesem Jahr eine europäische Krise heraufbeschwören wird. Und das kommt immerhin einer bedeutsamen Entspannung der Lage gleich.

Politische Neuigkeiten.

Amerika und die Reparation.

Wie Reuter aus Washington meldet, wird im Weißen Hause erklärt, **Amerikas Teilnahme** an einer Erörterung des Wiederherstellungsproblems werde sich **künftig als unvermeidlich erweisen.** Augenblicklich sei der Präsident der Ansicht, daß die **Zeit** für die Vereinigten Staaten **noch nicht** gekommen sei, an einer der im Auslande stattfindenden wirtschaftlichen Erörterungen teilzunehmen. Der Präsident sei der Ansicht, **die Nationen Europas sähen jetzt ein, daß eine Wiederherstellung der ganzen Welt von der Regelung der Frage der internationalen Schulden und der Reparationen abhänge.** Im Weißen Hause wurde hinzugefügt, daß, **wenn die Staatsmänner Europas** bei ihren Erörterungen der wirtschaftlichen Verbesserung zu **dem Punkte gelangten, wo der Rat der Vereinigten Staaten gebraucht würde, Amerika nicht abseits stehen würde.** Der Präsident, so heißt es, sehe die Erneuerung der Handelsbeziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Rußland bis zu einem gewissen Grade günstig an und hoffe, daß ein Weg dahin gefunden werden könne.

Rußland und die Reparationsfrage.

Trotzki erklärte in einer Unterredung mit Vertretern des „International News Service" u. a.: Die **Rote Armee** mit der Roten Flotte zähle zurzeit 800 000 Mann. Bei der Roten Armee seien früher 16 Jahrgänge mobilisiert gewesen, jetzt stehe nur ein Jahrgang unter den Fahnen. Die Rote Armee werde nur deshalb aufrechterhalten, weil die russischen **Abrüstungsvorschläge** auf Ablehnung stoßen. Eine **Kriegsgefahr** sei noch immer **nicht ausgeschlossen.** Wenn auch eine gewisse Garantie gegen neue Interventionen gegeben sei, so bleibe doch die **Frage der Reparationen.** Verwicklungen in dieser Hinsicht könnten sich in der Lage ganz Europas bemerkbar machen. Es sei vollkommen klar, daß ein **neuer Schlag** gegen **Deutschland** von Westen her **für jenes stabile Gleichgewicht kritisch** sein könnte, welches in **Osteuropa bestehe.**

Die franz. Antwort auf die Balfour-Note.

Havas veröffentlicht den **Wortlaut der französischen Antwort auf die Balfournote.** Darin heißt es u. a.: Auch die französische Regierung sei überzeugt, daß das Reparationsproblem eine endgültige Lösung nur erhalten könne, wenn es mit dem **Problem der interalliierten Schulden** in Verbindung gebracht werde. Es erscheine **ihr** nötig, daß diese Frage binnen kurzem auf einer Konferenz **aller interessierten alliierten Staaten geprüft werde.** Ferner wird in der Antwort betont, daß die interalliierten Schulden und die Reparationsschuld **nicht** auf gleichen Fuß miteinander gestellt werden könnten; denn die **interalliierten Schulden** seien im **Interesse** der gemeinsamen Sache eingegangen worden, um den Sieg zu sichern. In moralischer Hinsicht würde daher eine **Annullierung der interalliierten Schulden gerechtfertigt** sein; auf jeden Fall hätten sie einen anderen Charakter als gewisse andere interalliierte Schulden. Dagegen sei die Reparationsschuld Deutschlands festgesetzt worden wegen absichtlicher und zum größten Teil zwecklosen Zerstörung und mit Rücksicht auf die Pensionen, die die Alliierten zu zahlen hätten. Diese Reparationen müßten naturgemäß eine Priorität vor jeder anderen Regelung haben. Frankreich habe, da die von Deutschland zu leistenden Zahlungen ausgeblieben seien, die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete auf eigene Kosten in Angriff nehmen müssen. Das sei der Grund, daß sein Budget aus dem Gleichgewicht gekommen sei. Daher könne eine Begleichung der von Frankreich während des Krieges eingegangenen Schulden nicht in Frage kommen, bevor die von Frankreich für die Wiederherstellung gemachten Ausgaben von Deutschland auf direktem oder indirektem Wege erstattet seien. Wenn Deutschland dies getan habe, werde sich Frankreich einer allgemeinen Regelung der interalliierten Schulden nicht widersetzen. Endlich wird in der Antwort ausgeführt, daß die französische Schuld an England aus Billigkeitsgründen herabgesetzt werden müsse, da die **Preise des Materials, das Frankreich während des Krieges von England bezogen habe, außerordentlich hoch angesetzt worden seien.**

*

Zu der Antwort der französischen Regierung auf die Balfournote schreibt die linksstehende „Oeuvre": Die französische Antworte stelle das richtige Prinzip auf, daß die **Wiedergutmachung der Kriegsschäden eine Priorität vor allen anderen** Regelungen haben müsse. Diese These sei Herrn Poincaré bereits vor zwei Monaten im Senat suggeriert worden. Er habe sie damals abgelehnt, sie sich aber jetzt zu eigen gemacht. Es sei nur schade, daß er es für nötig gefunden habe, ihr aus Eigenem noch etwas hinzuzufügen. Denn der zweite Teil der Note mache in der Tat den Eindruck, als sei er **von einem verärgerten Advokaten lediglich in der Absicht geschrieben, die Gegenpartei in Wut zu bringen. Nach reichlich vier Jahren versuche Poincaré die Richtigkeit der englischen Forderungen zu bestreiten!** England habe sich prinzipiell bereit erklärt, nicht nur auf sein Guthaben an die Alliierten, sondern auch auf seinen Anteil an den Reparationen zu verzichten unter der Voraussetzung, daß ein solcher Verzicht Teil eines **Gesamtplanes** zum Wiederaufbau Europas bilde. Herr Poincaré sei aber **nicht der Mann solcher Pläne.** Statt großzügige Lösungen zu suchen, ergehe er sich in **kleinlichen Haarspaltereien.** Einem **großzügigen und vornehmen** Angebot setze er die **Spitzfindigkeit** eines Provinzadvokaten entgegen.

Ablehnung der Autonomie Oberschlesiens.

Nach den vorläufigen **amtlichen** Ergebnissen der Volksabstimmung über die **Autonomiefrage** stimmten von 765 322 wahlberechtigten Personen **513 760 für das Verbleiben der Provinz Oberschlesien bei Preußen** und 50 528 für die Autonomie Oberschlesiens. Die Wahlbeteiligung betrug 73,8 Prozent.

Die Friedensmöglichkeit im Jahre 1917.

Der **parlamentarische Untersuchungsausschuß** des Reichstags veröffentlicht heute das **Ergebnis seiner Untersuchung der päpstlichen Friedensvermittlung im Jahre 1917.** Nach Prüfung der Akten des Auswärtigen Amtes und des Reichsarchivs sowie nach Vernehmung der Staatssekretäre a. D. v. **Kühlmann, Helfferich, Zimmermann,** des Reichskanzlers a. D. **Michaelis,** der früheren Reichsminister **Rosen,** Graf v. **Brockdorff-Rantzau,** der Gesandten von der **Lancken, Riezler,** Freiherrn von **Romberg,** der Generale v. **Hefter,** v. **Bartenwerffer,** des Botschafters v. **Bergen** und des Abg. **Scheidemann** kam der Ausschuß zu folgendem Ergebnis:

1. Ein **Friedensangebot Englands lag im Sommer 1917 nicht vor.**

2. **Ebensowenig** kann in Anbetracht der vielfachen Schwierigkeiten und der immerhin fraglichen Verständigungsbereitschaft auf feindlicher Seite von einer starken **Friedenswahrscheinlichkeit** gesprochen werden.

3. Eine **ernste, von seiten der deutschen Regierung** gewissenhaft zu prüfende **Friedensmöglichkeit war bei Beginn der päpstlichen Friedensaktion vorhanden.**

4. Die Ereignisse der Monate **Juli und August** in Deutschland und Österreich-Ungarn haben die an sich nicht sehr starke Friedensgeneigtheit der Westmächte **nicht** erhöht.

5. Die **deutsche Regierung** hat in der formellen Behandlung der päpstlichen Friedensaktion **Fehler** begangen.

6. Auf Grund der vorliegenden Aussagen und Dokumente kann es als wahrscheinlich bezeichnet werden, daß **England und Frankreich** jedenfalls Ende August 1917 ein Eingehen auf eine päpstliche Friedensvermittlung mit Rücksicht auf die gesamte Kriegslage **als nicht in ihrem Interesse** liegend betrachteten.

7. Die Frage, ob die päpstliche Friedensaktion **allein** durch die Verzögerung der von der Kurie gewünschten deutschen Erklärung über die **Freigabe Belgiens** vereitelt worden ist, könne auf Grund der vorliegenden Akten und Zeugenaussagen **nicht bejaht** werden.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Zur Bekämpfung der wirtschaftl. Notlage

ist eine Reihe von Maßnahmen in die Wege geleitet. Für die Sozialrentner werden durch Beiträge von Reich, Ländern und Gemeinden rund 1,2 Milliarden Mark an außerordentlichen Mitteln alsbald verwendbar. Auf dem Gebiet der Kranken-, Unfall- und Angestelltenversicherung sind Aufbesserungen der Leistungen vorgesehen. Die Reichszuschüsse an die Länder zur Unterstützung der notleidenden Kleinrentner sind von 500 Millionen auf 1 Milliarde Mark erhöht worden. Die Teuerungszuschüsse für Kriegsbeschädigte und Kriegshinterbliebene für September werden gegenüber des August um rund 140 bis 200 Prozent erhöht sein. Die Reichsmittel für soziale Kriegsbeschädigten- und Kriegshinterbliebenenfürsorge sind bereits von 500 Millionen auf 1 Milliarde Mark erhöht worden.

Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen (Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Gewerkschaftsring deutscher Angestellten- und Arbeiterverbände und Deutscher Gewerkschaftsbund) haben dieser Tage Stellung genommen zu den bisherigen Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Teuerung und die Wirtschaftskrisis. Was darüber bisher bekannt geworden ist, wird einer Zeitungsmeldung zufolge in den Kreisen der Gewerkschaften als nicht genügend betrachtet. Angesichts der wachsenden Notlage der breiten Arbeitnehmerschichten halten sich die Gewerkschaften für verpflichtet, auf der raschen Durchführung ihrer vor einigen Tagen der Reichsregierung gemachten Vorschläge zu bestehen. Die Spitzenorganisationen haben deshalb in dringendster Form neue Verhandlungen mit der Reichsregierung gefordert.

*

Um einem weiteren Sturz der Mark zu begegnen, hat sich die Reichsregierung entschlossen, verschärfte Maßnahmen zur **Unterbindung der Einfuhr aller irgend entbehrlichen Waren** zu treffen. Zu diesem Zwecke hat der Reichswirtschaftsminister die bisherige Einfuhrfreiheit für **Rohtabak** durch Bekanntmachung vom 30. August 1922 mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Ebenso wird der **Reichsernährungsminister auf seinem Gebiete Einschränkungen der Einfuhrfreiheit vornehmen.** Gleichzeitig werden die Außenhandels- und die anderen Bewilligungsstellen angewiesen, für diese Waren und eine Reihe anderer entbehrlicher, bereits unter Einfuhrverbot stehender Ware bis auf weiteres Einfuhrbewilligungen nicht mehr zu erteilen. Das Einfuhrverbot wird wieder aufgehoben werden können, wenn ein genügender Zollschutz durch Erhöhung der Zölle erreicht ist. Der Reichswirtschaftsminister hat sodann nach Erlaß des Einfuhrverbots für Rohtabake, die an der Tabakwirtschaft beteiligten Kreise zu einer Besprechung eingeladen, die am Samstag stattfinden wird. — Der unter Zollaufsicht sich vollziehende Veredlungsverkehr wird durch die Aufhebung der Einfuhrfreiheit nicht berührt, da für ihn eine Einfuhrbewilligung nicht erforderlich ist.

*

Das **preußische Staatsministerium** befaßte sich in seiner Freitagssitzung ausschließlich mit den Maßnahmen zur **Bekämpfung des Wuchers** und der **Preistreiberei** auf dem Lebensmittelmarkt und bei lebenswichtigen Artikeln. Als taugliche Mittel zur Sicherung der Volksernährung wurden u. a. angesehen die Wiedereinführung des Zwanges zur Auszeichnung sämtlicher Waren. Eine Einschränkung der Ausschankstätten für Wein und Liköre und Konzessionsverweigerung für Neuerrichtung von Weinstuben usw. wurde einstimmig als geboten anerkannt. Ebenso wurde ein umfassender Ausbau der für den Winter geplanten **Volksküchen und Massenspeisungen** erörtert. Die **Reichsregierung wird aufgefordert, zur Sicherung der Zucker- und Margarineversorgung** vor einschneidenden Maßnahmen nicht zurückzuschrecken und gegen den Ausverkauf Deutschlands mit allen Mitteln einzuschreiten. Das Ministerium des Innern wird bereits dieser Tage einige Verordnungen erlassen, die sich in der Richtung der diskutierten Vorschläge bewegen.

*

Im Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft ist eine Verordnung ausgearbeitet worden, durch die die **öffentliche Brotversorgung auf die Minderbemittelten begrenzt** werden soll. Durch diesen Entwurf werden als nicht versorgungsberechtigt diejenigen Personen erklärt, deren Einkommen in 1921 für Alleinstehende 30 000 M., für den Haushaltungsvorstand 30 000 M. und für jede weitere Person im Haushalt 10 000 M. überstiegen hat. Wer nachweist, daß sein Einkommen in 1922/23 das Dreifache des soeben angegebenen Einkommens nicht übersteigt, bleibt versorgungsberechtigt. Hiernach würde also eine **Familie mit zwei Kindern erst bei einem Einkommen von mehr als 180 000 in diesem Wirtschaftsjahr von der öffentlichen Brotversorgung ausgeschlossen sein.** Die große Masse der Angestellten und Beamten wird sich demnach des Genusses des Markenrotes erfreuen können. Nach der Verordnung wird den Kommunalverbänden freie Hand gelassen, wie sie den Ausschluß der Höherbemittelten vom Anspruch auf das Markenbrot durchführen wollen. Zumeist dürfte die Vorlegung der Einkommensteuerquittung von 1921 verlangt werden.

*

Nach Blättermeldungen hat der in Halle tagende Städtetag eine Entschließung gefaßt, wonach die vom Kriege her bekannten Volksmassenspeisungen sofort wieder eingeführt werden sollen.

Die Maßnahmen des Dresdner Polizeipräsidiums zur Verhinderung der verbotswidrigen Warenausfuhr.

Die „Sächs. Staatsztg." schreibt: Die Maßnahmen der Kriminalabteilung des Polizeipräsidiums und der hiesigen Zollbehörden zur Verhinderung der verbotswidrigen Warenausfuhr durch Ausländer haben sich auch weiterhin als wirksam erwiesen. Zwar ist der Zustrom solcher Ausländer, die Dresden nur zum Zwecke der Valutahamsterei aufsuchen, zufolge der Aufhebung der kleinen Grenzausweise zurückgegangen. Immerhin wurden in der Zeit vom 26. August bis zum 1. September wegen unerlaubter Grenzüberschreitung, verbotswidriger Warenausfuhr und wegen Umgehung der Ausländervorschriften nicht weniger als 418 Ausländer durch die Bahnhofskontrolle angehalten, angezeigt, gegebenenfalls verhaftet. Bei der Durchsuchung des Reise- und Handgepäcks konnten wieder erhebliche Warenwerte mit Beschlag belegt werden, die an die hiesige Verwertungsstelle des Reichsfinanzministeriums abgeliefert werden. Der Wert der Waren und die Summe der geleisteten Sicherheiten beträgt mindestens 2 Millionen Mark.

Sabotierung der Getreideumlage.

Der Landbund in Pommern verschickt an seine Mitglieder folgendes Schreiben:

Pommerscher Landbund **Bergen,** den 22. Juli 1922.
Kreisgruppe Rügen
Tgb. Nr. 1043/22.

Sehr geehrter Herr!

Die **Getreideumlage** ist auch eines jener vielen traurigen Kapitel, die im Anschluß an den Rathenau-Mord zustande gekommen sind. Während es vor der Mordtat sicher schien, daß für die Getreideumlage im Parlament keine Mehrheit zustande kommen würde, wurde sie unter der allgemeinen Verwirrung nach dem Rathenau-Mord sozusagen zwischen Kaffee und Abendbrot angenommen. Die **Mittelparteien,** die für die **Beweisführung des Landbundes bis dahin nicht ganz unzugänglich gewesen waren, und die die Bedeutung unserer Agitation im Lande wohl erkannt haben,** fielen unter dem **Terror,** der sich dem Morde anschloß, urplötzlich um, so daß das Unzulängliche zum Ereignis wurde und wir wieder vor einer neuen Getreideumlage stehen.

Der **Landbund** wird sich dieser **Getreideumlage** gegenüber folgendermaßen verhalten:

Jede Mitarbeit, welche die Getreideumlage fördert (Erntescharungen, Verteilerausschüsse und dergl.) wird **verweigert. Jedes unserer Mitglieder soll sofort nach Zustellung der Umlage Beschwerde erheben und auf Grund des § 4 des Gesetzes seine Lieferungsfähigkeit nach der Wirtschaftslage, dem Ernteergebnis, den Pachtpreisen, Unkosten usw. bestreiten.**

Die Beschwerde wird durch die Beschwerdeausschüsse entschieden.

In diesen **Beschwerdeausschüssen hoffen wir einen dominierenden Einfluß** zu erhalten und in allen Fällen, in denen Beschwerde erhoben worden ist, eine Abstimmung dahin zu erreichen, daß die Beschwerde als begründet angesehen ist.

Die weitere Stellungnahme müssen wir vorläufig der Zukunft überlassen. **Wir können** in unseren Maßregeln nicht monatelang vorher disponieren und können vor allen Dingen **nicht von jedem Schritt, den wir zu tun gedenken, der Öffentlichkeit Mitteilung machen, ohne Gefahr zu laufen, daß die Regierung stets rechtzeitig die erforderlichen Maßregeln trifft.**

Wir halten die Getreideumlage nach wie vor für unmöglich, für produktionsfeindlich und außerdem für nutzlos. Der erste **Liefertermin ist der 31. Oktober.** Im Kreise wird die Lieferung wahrscheinlich sehr viel früher gefordert werden. Wir haben **vorläufig** den Regierungsbehörden mitgeteilt, daß infolge des späten Frühjahrs, der Dürre, der außerordentlichen wolkenbruchartigen Niederschläge der letzten Tage, welche das Getreide überall im Lager niedergeschlagen haben, damit zu rechnen ist, daß die Beendigung der Ernte sich bis zum Beginn der Hackfruchternte hinziehen wird. Infolge der Zusammendrängung der landwirtschaftlichen Arbeiten sei mit einer **wesentlichen Druschtätigkeit in den gewohnten Monaten September und Oktober nicht zu rechnen.**

Wenn Sie jetzt **Getreide verkaufen müssen,** so würden wir Ihnen raten, **dies möglichst früh zu tun, um nicht Ende September oder Anfang Oktober gezwungen zu sein, verkauftes Getreide auf der Bahn zu verladen.**

Die letzte Nummer des „Pommerschen Landbundes" geht Ihnen mit zwei Notizen, die Sie vermutlich interessieren werden, als Drucksache zu. Die dem **Kreise zugewiesene Umlage** beträgt **16 600 Zentner mehr** als im vergangenen Jahre. Durch den Fortfall der Wirtschaften bis zu 40 Morgen ist damit zu rechnen, daß dem größeren Besitz eine Umlage von 4 Zentner pro Morgen Anbaufläche aufgebrummt wird. **Gegen diesen Irrsinn anzukämpfen, erscheint uns geradezu als Christenpflicht.**

Ihr ergebener Brandenburg.

Protest der Reichsregierung gegen die Amtsenthebung Dr. Momms.

Die Erregung über die Amtsenthebung des Wiesbadener Regierungspräsidenten, die in dem Protest der politischen Parteien und der wirtschaftlichen Organisationen des Regierungsbezirks ihren Ausdruck fand, hat die Reichsregierung veranlaßt, durch den Regierungskommissar des besetzten Rheinischen Gebietes eine Note an die interalliierte Rheinlandkommission zu richten, in der es heißt:

Mit Schreiben vom 14. Juli hatte die Rheinlandkommission, veranlaßt durch Berichte der französischen Stellen in Wiesbaden, Herrn Dr. Momm zur Rechtfertigung über sein Verhalten bei Gelegenheit der Unruhen vom 4. Juli aufgefordert. In seiner Verteidigungsschrift hat Herr Dr. Momm die verlangte Aufklärung gegeben und nachgewiesen, daß er mit größter Umsicht gehandelt habe und daß wegen der fraglichen Ereignisse gegen ihn kein begründeter Vorwurf erhoben werden könne. Diese Angelegenheit kommt also als Begründung für die Absetzung nicht mehr in Frage. Die Rheinlandkommission hat denn auch in ihrer Entscheidung, so betont die Note weiter, die Vorfälle vom 4. Juli überhaupt nicht erwähnt und beschränkt sich auf die Angaben, daß die Persönlichkeit des Herrn Dr. Momm für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und der guten Beziehungen zwischen den alliierten und den deutschen Dienststellen schädlich sei. Für diese ganz ungewöhnliche **Behauptung hat die Rheinlandkommission jedoch keine tatsächlichen Unterlagen beigebracht.** In der Tat hat Herr Momm zu den Besatzungsbehörden stets die besten Beziehungen unterhalten, und die Rheinlandkommission hat dem Reichskommissar noch vor kurzem bestätigt, daß man mit der Amtsführung des Herrn Momm in jeder Hinsicht zufrieden sei. Ebenso **fehlt ein Beleg dafür,** daß durch die Anweisungen des Herrn Momm die öffentliche Ordnung gestört sei. Die Maßregelung entbehrt also jeder tatsächlichen Begründung.

Was die **rechtliche Seite** der Angelegenheit angehe, so habe die Rheinlandkommission **zunächst die Bestimmung des Artikels 5 der Verordnung 29 außer acht gelassen,** nach der kein Beamter abgesetzt werden kann, ohne daß ihm Gelegenheit gegeben wäre, sich zu verteidigen. **Entgegen dieser Vorschrift,** die gemäß Artikel 3 des Rheinlandabkommens **Gesetzeskraft** hat und somit nach den allgemeinen rechtlichen Grundsätzen **auch die Rheinlandkommission selbst bindet,** hat die Rheinlandkommission die in der jetzigen Entscheidung angeführten Beschuldigungen **weder vorher mitgeteilt, noch** Herrn Momm irgendwie eine **Gelegenheit gegeben, sich zu verteidigen.** Es muß zu den **bedenklichsten Folgen führen,** wenn sich die Rheinlandkommission im Einzelfalle **über die Sicherungen hinwegsetzt,** die auch in der Verordnung 29 liegen.

Aber auch hiervon abgesehen ist die Entscheidung **rechtlich nicht haltbar,** weil die Rheinlandkommission nach dem Rheinlandabkommen nur dann in die Verwaltung eingreifen darf, wenn dies wegen der Sicherheit der Besatzungstruppen notwendig sei. Den Nachweis, daß die Amtsenthebung des Herrn Momm wegen der Sicherheit der Besatzungstruppen notwendig sei, hat die Rheinlandkommission nicht unternommen. Aus allem ergibt sich, daß dieser Sitzungsbeschluß eine Ungerechtigkeit gegenüber dem Regierungspräsidenten und einen Eingriff in die deutschen und preußischen Hoheitsrechte darstellt.

Im Anschluß an diese Begründung hat der Reichskommissar im Auftrage der Reichsregierung gegen die Absetzung des Regierungspräsidenten protestiert und die Aufhebung der Maßregel gefordert.

Theaterkritik.

„Tannhäuser".

Mit einer künstlerisch abgerundeten Aufführung des „Tannhäuser" hat gestern das Landestheater seine Tätigkeit nach den Ferien wieder aufgenommen. Im großen Ganzen war die Besetzung der einzelnen Partien dieselbe wie bisher. Willy Tilken, der an darstellerischer Eindringlichkeit und Überzeugungskraft beste Tannhäuser, den unsere Bühne seit vielen Jahren ihr eigen nannte, sang die Titelpartie auch diesmal mit schöner stimmlicher Ausgeglichenheit, aufs tiefste beseelt und mit vorbildlicher Kunst der Phrasierung und Deklamation; Frau Iracema-Brügelmann erfreute als Venus wie stets durch den Wohllaut und die gesangliche Kultur ihres schönen Organs und durch ihre ausdrucksvolle Vortragsgestaltung, Herr Wucherpfennig zeichnete die Gestalt des Landgrafen mit klugen, charakteristischen Strichen. Einen im Ganzen sehr befriedigenden Eindruck gewann man von der Elisabeth unserer neuen Jugendlich-Dramatischen Hilde v. Alpenburg-Eberbach, die seinerzeit als Eochen in den „Meistersingern" hier gastierte. Der Hauptvorzug der Künstlerin liegt in ihrer außerordentlich ruhigen Tongebung und in ihrer ganz ungewöhnlichen Beherrschung der Kunst dynamischer Nüancierung; nur selten bekommt man ein so sicheres, von allem Ruckartigen und allem Flackern freies An- und Abschwellen des Klanges zu hören wie bei dieser, nicht sehr großen aber immerhin ausreichenden, sorgsam geschulten und gepflegten Stimme. In der Darstellung wird sich die Künstlerin erst noch in Rahmen und Stil unserer Oper einleben müssen. An Stelle des erkrankten Herrn Weyrauch gab Herr Büttner den Wolfram von Eschinbach mit der gesanglichen Sicherheit, die an diesem bewährten Künstler stets zu bewundern ist, daneben aber auch mit ganz hervorragender Kunst darstellerischer Lebenswahrheit und Charakteristik. Die Herren Rentwig, Glaß, Bussard und Grötzinger boten die gewohnten guten Leistungen. Sehr frisch und sympathisch sang Frl. Rosel Landwehr den Hirtenknaben. Chöre und Ballett hielten sich wacker, das Orchester spielte unter der Leitung von Alfred Lorentz klangschön, sicher und mit warmem, rhythmisch und dynamisch belebtem Ausdruck, und auch die Regie Hans Bussards erwies sich als umsichtig und zielbewußt. Alles in allem war also die Aufführung ein guter und verheißungsvoller Auftakt zur neuen Spielzeit. E. Rüf.

Tanzabend im Konzerthaus.

Immer wieder sind Tanzvorführungen anziehend und locken ihr Publikum in das Parkett. Unglaublich bunt ist die Schar der tanzenden Künstlerinnen, unglaublicher bunt die der Dilettantinnen. Wir kennen sie alle. Kennen ihre Gesten, Pantomimen, Szenen, Vorwürfe, ihre Kostümcapricen. Jede bringt ihr ureigenstes Temperament mit — oder hat nie solches besessen. Vielleicht im Kostüm, aber nicht in der bewegten Linie, vielleicht in der Geste, aber nicht im Ausdruck des Seelischen — wenige bringen Abgerundetes, Vollendetes mit. Sie kommen, tanzen und flattern nach anderen Städten zu anderen, und doch ihrem ewig gleichen, Publikum. Viel gutes zog vorüber, haften bleiben Bilder und Tanzszenen, die Reihe vom „Sterbenden Schwan" Pawlowas zum mystischen „Tempeltanz" Sent M'ahesas, von Lucy Kieselhausen zu Hannelores „Radezkymarsch" und die Szenen der vielen ungenannten, unbekannten.

Am Samstag Abend beherbergte das Konzerthaus das Meister-Ensemble der Schule Herion aus Stuttgart unter Leitung Ida Herions und des Herrn Dr. Ernst Schertel, welcher für die Kostümentwürfe zeichnete und zugleich in einem tanzästhetischen Speech den Zweck und das Ziel des Tanzabends, des Tanzes überhaupt, der an Kopfzahl immerhin spärlich versammelten Gefolgschaft erläuterte. Man hörte vom Körper als der Idee, ein mit dem Geist Identisches, man hörte von der Linie der Gymnastik, von Zweckbewegungen, die aus organischen zu Tanzbewegungen sich wandeln — man vernahm, daß die Vorführungen lediglich zu diesem Ziele hin verlocken sollen.

Das Programm war reich gegliedert, zu sehr für die Linie des Gebotenen. Drei schlanke Herionschülerinnen teilten sich mit Hermann Groß, einem schwarzlockigen jungen Menschen, in die Tanzfolge. Die durchweg ebenmäßigen Gestalten bewiesen schon starke rhythmische Beherrschtheit, basierend auf einer sicheren Körpergymnastik, wie die Übungen des Gesamtensembles deutlich erkennen ließen. Seltsam genug war die Wahl einzelner Komponisten (am Flügel begleitete Ida Herion), natürlich fehlte Chopin nicht, er ist noch immer mit seinen stets variierenden Rhythmen der „gern Getanzte". Clara Jourdan versuchte in „Profane" ein Stück blauer Scheherzerade zu gestalten, im „Arabischen Märchen" steigerte sie sich zu größerer Geschlossenheit der äußeren Linie, um in ihrem „Pizzicati" in neckischem Schritt und fließender Bewegtheit ihr Bestes zu geben, jeder Schwere enthoben. Inge Frank flüchtete sich in das Reich der großen Sent M'ahesa, die darin unbesiegbare, möge die große Offenbarerin seelischen Erlebens ihr ein Ziel sein. So versuchte sich die körperschöne Feueranbeterin Inge Frank in rhythmischem Erleben eines „Maurischen Tanzes", eines „Tempeltanzes", welche beide ihr Beifall einbrachten. Im „Kubanischen Tanz" konnte sie, gehemmt durch die etwas zu schleppende Musikbegleitung, weniger ihr Temperament entfalten, trotz sicher beiderseitigen besten Willens, trotz klirrendem Tamburin, trotz wohlabgestimmter Kostümierung. Lonie Blum ist unter den Dreien die Gazelle, leicht behend, gelenk und schön ihr Linienspiel. Sie tanzte ein „Nachtlied", ein „Prelude" und einen Beethovenschen „Deutschen Tanz" in schwarzgoldenem Beinkleid, über Goldbrokat einen schwarzen Schleier geworfen — seltsam, grotesk, ein Schelmenkleid — gerade zum deutschen Tanz? Am besten wirken die Tänze des Gesamtensembles oder der drei Tänzerinnen. Zusammenspiel, Einheit und viel Stimmungszauber wurden im „Irrlicht" vereint. Es war das Beste, was sie geben konnten neben dem „Impromptu", einer neckisch ausgelassenen, gelb-roten Harlekinade. Hermann Groß, der männliche Darsteller ist noch zu erdenschwer in seinem Bewegungsspiel, sein „Toltekenkönig" war noch Draperie, der Tänzer haftet zu sehr an der Geste, der äußeren bewußten Wirkung. Wie wenig weiß er mit dem Schwert zu machen als Reflex- und Lichtquelle zugleich, man denke, was der Krummsäbel eines Joachim von Seewitz bedeutet! Über dem Bühnenbild dämmert die Gestalt eines indischen Mönches der Yoga-Sutras des Patanjali und überragend taucht in der Erinnerung der Priestertanz eines Sacharoff auf.

Der Tanzabend der Heliosschule konnte nichts Ausgereiftes bringen, er sollte auch nur verlocken nach dem Ziele hin.

Adolf Himmele.

---

* **Akademische Ehrung.** Die Universität Freiburg hat vor kurzem die Direktoren Friedrich **Domann** und Felix **Lohrmann** von den Benzwerken Gaggenau, wegen ihrer Verdienste um die Entwicklung des Nutzautobaues und um die badische Wirtschaft, zu Ehren-Doktoren der juristischen Fakultät, Staatswissenschaftliche Abteilung, ernannt.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg